

Sich von globaler Solidarität bewegen lassen

Festvortrag zur Jubiläumsfeier „20 Jahre Misereor Arbeitsstelle München“

Johannes Müller SJ

München, 6. Dezember 2004

Wir stehen heute mitten in einem Prozess der Globalisierung, der immer mehr Lebensbereiche erfasst und ganz unterschiedliche Reaktionen auslöst. Einerseits weckt er die Hoffnung auf ein Zusammenwachsen der Menschen, auf globalen Wohlstand, auf dauerhaften Weltfrieden und auch auf weltweite Solidarität. Andererseits löst dieser Prozess aber auch vielfältige Sorgen und Ängste aus: Angst vor dem Verlust nationaler und kultureller Identität, Angst vor Sozialabbau und wachsender Armut, und Angst vor der Zerstörung der Erde als gemeinsamem Lebensraum der Menschen. Angesichts dieser Widersprüchlichkeit stellt sich die Frage, ob und wie man die Globalisierung so gestalten kann, dass sie zu mehr weltweiter Gerechtigkeit im Dienst aller Menschen beiträgt.

In einem ähnlichen Spannungsfeld steht die Kirche als Weltkirche – ebenso wie die anderen großen Weltreligionen. Einerseits hat die Kirche eine Sendung, die alle nationalen Grenzen übersteigt und auf sehr viele Menschen überall auf der Welt große Anziehungskraft ausübt. Andererseits wächst in vielen Ortskirchen die Angst vor einem Zentralismus der römischen Kurie, der die Vielfalt und das Eigenleben vor Ort lähmen könnte. Die universale Sendung der Kirche eröffnet also große Chancen, sie ist aber auch nicht frei von Gefahren. Im Hinblick auf die Herausforderungen der Globalisierung heißt dies: Die Weltkirche wird ihre Stimme nur dann glaubwürdig zu Gehör bringen können, wenn sie sich als gemeinsame Lerngemeinschaft aller Ortskirchen in ihrer Vielfalt versteht. Gerade weil sie sich an das Evangelium rückgebunden weiß, sollte sie in besonderer Weise zu Partnerschaft, Dialog und Solidarität auch nach innen fähig sein.

Mit dieser doppelten Perspektive, Globalisierung und Weltkirche, ist auch der Rahmen für meinen Vortrag abgesteckt. Ich werde zunächst einige aus meiner Sicht zentrale globale Herausforderungen skizzieren, um dann auf die Hindernisse für mehr globale Solidarität zu sprechen zu kommen. Im dritten Teil will ich einige theologische und sozioethische Überlegungen anstellen. Schließlich werde ich versuchen, Handlungsperspektiven für uns als Christen und Ortskirche in Deutschland aufzuzeigen.

1. Armut und Umweltzerstörung als globale Herausforderungen

1. Wachsendes Armutsgefälle als Merkmal der „Weltzivilisation“

Die heutige Weltlage ist von einem insgesamt wachsenden Gefälle zwischen Nord und Süd gekennzeichnet, zu dem seit 1989 ein West-Ost-Gefälle hinzugekommen ist. Mehr als eine Milliarde Menschen leben in absoluter Armut und können ihre

grundlegenden Bedürfnisse nicht oder nur völlig unzureichend befriedigen. Dies ist auch eine Folge davon, dass sich die Einkommensklüfte zwischen armen und reichen Ländern in den letzten Jahrzehnten vertieft hat. Die Industrieländer sind dafür mitverantwortlich, weil sie aus kurzfristigen Eigeninteressen eine Weltordnung aufrechterhalten, die zu Lasten der ärmeren Länder und vor allem der Armen weltweit geht, wie etwa ihr Protektionismus oder ihre Schuldenpolitik zeigen. Drückende Armut und Schuldenlasten sind ihrerseits eine der Hauptursachen der globalen Umweltzerstörung.

Weltweite Einkommensunterschiede hat es schon immer gegeben. Sie sind aber heute, im „globalen Dorf“ der „Einen Welt“, weit folgenreicher als früher. Dem wachsenden Gefälle zwischen Reich und Arm steht nämlich ein gegenläufiger Prozess der Ausbreitung westlicher Werte und Modelle gegenüber. Moderne Medien, aber auch Exporte, Tourismus und vieles andere mehr verbreiten die Bilder und Werte westlicher Lebensweise täglich in alle Welt und wecken dort die Erwartung einer „nachholenden Entwicklung“. Dies betrifft Leitbilder wie Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft ebenso wie Produktionsweisen, Konsummuster und Freizeitverhalten. Die Industrieländer unterstützen diesen Trend, vor allem aufgrund wirtschaftlicher Eigeninteressen. Sichtbarster Ausdruck dafür ist die Werbung. Dieser Prozess ermöglicht einer kleinen Ober- und Mittelschicht in der Dritten Welt einen hohen, oft sogar luxuriösen Lebensstandard, während die Mehrheit der Bevölkerung kaum Nutzen daraus zieht.

Diese Spannung zwischen hohen Erwartungen und erdrückender Realität bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die Industrieländer. Sie erzeugt z.B. fast unvermeidlich eine wachsende Armutsmigration, denn es entspricht der Logik einer globalen Weltwirtschaft, wenn auch die Menschen auf der Suche nach Arbeit und Wohlstand sich weltweit frei bewegen wollen. Dem begegnen die reichen Länder weithin mit einer Abschottungspolitik, die keine Probleme löst.

2. Nichtuniversalisierbarkeit der westlichen Zivilisation

Die mit einer „nachholenden Entwicklung“ verbundene Hoffnung in den armen Ländern auf eine Annäherung an den Lebensstandard der Wohlstandsländer ist aber eine Illusion, denn das Modell der westlichen Zivilisation ist nicht universalisierbar. Eine weltweite Übernahme der westlichen Wirtschafts- und Lebensweise würde nämlich – jedenfalls nach unserem gegenwärtigen Wissensstand – zu einer globalen ökologischen Katastrophe führen. Die Erde könnte nicht überleben, wenn alle Menschen nur annähernd so leben würden wie der privilegierte Norden – man muss sich nur einmal vorstellen, China hätte eine ähnliche Autodichte wie Deutschland. Die heutige Form der Globalisierung ist folglich entweder nur für eine Minderheit der Menschheit möglich, oder aber sie ist selbstzerstörerisch, denn im Fall ihres Erfolges würde sie die Umwelt vernichten.

Gleichwohl leisten sich die Industrieländer weiter einen verschwenderischen

Lebensstil, der die Hauptschuld an der globalen Umweltzerstörung trägt und zugleich die Entwicklungschancen in anderen Regionen der Welt verringert. So ist z.B. der Pro-Kopf-Verbrauch von Energie im Norden zehnmal höher als im Süden. Je knapper und damit teurer aber Energie wird, besonders das vielseitig einsetzbare Erdöl, desto schwieriger wird für ärmere Länder die ökonomische Entwicklung sein. Ähnliches gilt für die Erwärmung des Weltklimas mit seinen Folgen, die zum größten Teil durch die Industrieländer verursacht ist.

3. Ausgrenzung versus Solidarität

Derartige Zusammenhänge zeigen, dass das weltweite Einkommensgefälle Folge einer Weltordnung ist, die von einer ökonomistischen Logik bestimmt ist, die weder sozial- noch umweltverträglich und damit auch nicht zukunftsfähig ist. Die Globalisierung ist nicht die Ursache dieser Probleme, sie hat aber zumindest die Tendenz, sie weiter zu verschärfen, weil ihre Erfolge bisher Hand in Hand gehen mit dem Ausschluss weniger leistungsfähiger Länder, Regionen und Menschen und mit dem Raubbau an ökologischem Kapital.

So beruht etwa die Expansion des Welthandels und die wachsende Mobilität auch darauf, dass die Transportpreise die ökologischen Kosten nicht wirklich widerspiegeln. Und selbst in den reichen Ländern werden hohe Arbeitslosigkeit und Sozialabbau häufig mit dem Hinweis auf die Globalisierung gerechtfertigt.

Daraus erwachsen soziale Spannungen, die das politische Klima aufheizen und die Demokratie gefährden können. Eine zunehmende Zahl von Menschen in den ärmeren Ländern wehren sich gegen diesen Trend, nicht selten indem sie bei nationalistischen oder fundamentalistischen Gruppen Zuflucht suchen. Und lokaler wie weltweiter Terrorismus hat darin eine seiner Wurzeln, so wenig man diese Gewalt allein daraus erklären kann.

Wenn diese Situationsanalyse richtig ist, dann sind grundsätzlich drei alternative Szenarien künftiger Entwicklung denkbar:

Alternative 1: Die wohlhabenden Länder und Menschen versuchen, ihren Wohlstand durch ständiges Wachstum weiter zu mehren, verbunden mit dem Versprechen, dies werde auch den Armen am meisten nützen. Da dieses Versprechen aber nicht einlösbar ist, ohne eine Umweltkatastrophe zu riskieren, müssen sie sich – notfalls mit militärischer Gewalt – gegen die Forderungen der Armen wehren und ihnen den Zugang zu mehr Wohlstand verwehren.

Alternative 2: Die Industrieländer geben sich mit dem erreichten Wohlstand zufrieden, verteilen ihn aber intern etwas gerechter. In diesem Fall käme weiteres Wachstum den armen Ländern zugute, so dass sie den Abstand zu den reichen Ländern verringern könnten. Dies würde zumindest mehr Handlungsspielräume eröffnen, die ökologische Katastrophe aber wahrscheinlich nur zeitlich hinausschieben.

Alternative 3: Eine gerechte und auch langfristig umweltverträgliche Lösung erfordert dagegen eine grundlegende Reform des bisherigen Wohlstandsmodells im Norden, was ohne ein gewisses Maß an Selbsteinschränkung kaum möglich sein dürfte. Nur dieses Solidaritätsmodell bietet die Hoffnung, dass auch die Armen ihre Grundbedürfnisse befriedigen können, ohne dass dadurch künftigen Generationen ihre Lebenschancen geraubt werden. Nur so auch ist zumindest eine Annäherung der globalen Lebensverhältnisse möglich, was der Norden anderen Regionen schwerlich mit guten Gründen verweigern kann.

II. Hindernisse für eine solidarische Weltordnungspolitik

1. Konturen einer Weltordnungspolitik

Dieses Modell der Solidarität, die einzig ethisch vertretbare und langfristig realistische Alternative, und die dazu notwendigen Reformen erfordern eine Politik, die man als „Weltordnungspolitik“ (Global governance) bezeichnet.

Dazu gehört eine weitsichtige und umfassende internationale Entwicklungspolitik. Sie betrifft alle Politikfelder, also auch Außen-, Handels-, Sicherheits- oder Landwirtschaftspolitik, soweit sie die Entwicklungschancen in ärmeren Ländern beeinflussen. Eine solche Politik ist darum eine so genannte Querschnittsaufgabe, d.h., sie muss sich um Kohärenz zwischen den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Politikbereichen bemühen.

Das für die Zukunft wohl wichtigste Handlungsfeld ist eine globale Umweltpolitik, ebenfalls eine Querschnittsaufgabe. Sie muss sich auf alle Politikfelder erstrecken, soweit sie langfristige Auswirkungen auf die Umwelt haben. Ziel ist eine „nachhaltige Entwicklung“ (Sustainable development), die den natürlichen Lebensraum der Menschen und das ökologische Kapital für künftige Generationen erhält, was auch im Eigeninteresse der Industrieländer geboten ist.

2. Politische Hindernisse und Widerstände

Aufgrund ihrer politisch, wirtschaftlich und kulturell beherrschenden Position tragen die reichen Länder für eine Weltordnungspolitik die Hauptverantwortung, ☼erstens, weil vor allem sie seit langem auf Kosten der Umwelt leben, ☼zweitens, weil nur sie über die technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur Lösung dieser Probleme verfügen, ☼und drittens, weil nur sie (und die Reichen in der Dritten Welt) ihren Lebensstandard einschränken können, ohne auf Wohlstand verzichten zu müssen.

Im Klartext heißt dies, sie müssen Abschied nehmen vom ökonomistischen Trugbild eines ständig weiter wachsenden Wohlstandes durch quantitatives Wirtschaftswachstum. Sie müssen vielmehr einen Umbau ihrer Wirtschafts- und

Lebensweise einleiten, um die Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen zu schaffen.

Solch ein tiefgreifender Wandel stößt freilich auf große Hindernisse, denn er berührt individuelle wie kollektive Interessen. Die in den reichen Ländern notwendigen Reformen sind vor allem deswegen schwierig, weil sie die eigenen sozialen Probleme verschärfen können. So gefährdet etwa der Abbau von Handelsschranken ganze Branchen, nicht zuletzt die kleinbäuerlichen Betriebe. Dabei wird jedoch meist verschwiegen, dass andere Branchen genau dank des Freihandels hohe Exporterlöse erzielen können – gerade in Deutschland.

Die enge Verflochtenheit von Innen- und Außenpolitik schafft folglich oft schwierige Zielkonflikte zwischen einer sozialgerechten Politik auf nationaler (europäischer) und weltweiter Ebene. Dies erklärt zum Teil die starken Widerstände gegen die nötigen Reformen von Seiten der Bevölkerung, die in Demokratien letztlich darüber entscheiden, ob eine solche Politik durchsetzbar ist.

3. Dominanz des wirtschaftlichen Kalküls

Eine noch größeres Hindernis ist die zunehmende Dominanz der Wirtschaft, die tendenziell alle Lebensbereiche ökonomischem Nutzendenken unterordnet. Dies ist aber eine Sackgasse, was sich schon daran, dass viele ökonomische Ratschläge, die man fast täglich in den Medien hört und liest, höchst widersprüchlich sind.

So setzt etwa die gegenwärtige Reformpolitik ganz auf Wachstum, was durch niedrigere Arbeitskosten bzw. Mehrarbeit erreicht werden soll, gleichzeitig aber ermahnt sie zu mehr Konsum. Wenn allerdings Bürger diesen Rat befolgen, dann aber plötzlich ihren Arbeitsplatz verlieren und in Schulden geraten, wirft man ihnen mangelnde Voraussicht vor. Einerseits spricht die Ökonomie von Konsumentensouveränität, andererseits ist sie aber in keiner Weise darauf eingestellt, dass Menschen auch einmal sagen könnten: „Wir haben alles, was wir brauchen, warum sollen wir unseren Konsum steigern?“, weil sie vielleicht begreifen, dass mehr Wohlstand selten mehr Lebensqualität bedeutet. Die Konsumenten tun im Grunde nur das, was die Unternehmen verkünden und ihnen vormachen, sie sparen (Kommentar im Wirtschaftsteil der SZ). Überhaupt ist es verwunderlich, dass die Wirtschaft mehr damit beschäftigt ist, durch Werbung Bedürfnisse zu wecken als die tatsächliche Nachfrage zu decken, was eigentlich einmal als Aufgabe der Wirtschaft galt.

Ein anderes Beispiel ist die Familienpolitik. Einerseits weiß man, wie wichtig Kinder für die Zukunft der Gesellschaft sind, andererseits soll das Arbeitsleben nach Vorstellung mancher Experten so stark flexibilisiert werden, dass es kaum mehr ein geordnetes Familienleben mit Kindern erlaubt. Vieles, was man zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Gewinnorientierung, Produktivität oder Leistungsgesellschaft hört, ist ebenso weit von der Realität entfernt.

Das Ergebnis ist zunehmend eine rein betriebswirtschaftliche Orientierung zu Lasten der Volkswirtschaft und damit des Gemeinwohls. Man kann dies etwas plakativ als kulturelles System des Kapitalismus bezeichnen, das anscheinend immer mehr Menschen in ihrem Denken und Verhalten bestimmt – so lange, bis sie selbst zu seinen Verlierern werden und auf den viel gescholtenen Sozialstaat und die Solidarität ihrer Mitbürger angewiesen sind, Traditionen, die aber selbst an Entzugerscheinungen leiden. Woran es der gegenwärtigen Diskussion um Reformen am meisten mangelt, ist ein Nachdenken über wirklich zukunftsfähige Alternativen und Perspektiven.

4. Bewusstseins- und Strukturwandel

Eine vorausschauende Weltordnungspolitik ist darum nur realisierbar, wenn es in den reichen Ländern zu einem erheblichen Werte- und Bewusstseinswandel kommt und wenn die notwendigen Strukturveränderungen sozialverträglich gestaltet werden. Andernfalls werden die unvermeidbaren Opfer allein zu Lasten schon benachteiligter Gruppen gehen. Dies verlangt auch mehr Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Industriegesellschaften. Mehr weltweite Solidarität ist also nur möglich bei mehr innerstaatlicher bzw. innergesellschaftlicher Solidarität, oder: Solidarität ist unteilbar!

III. Theologische und sozialetische Perspektiven

1. Persönliche und strukturelle Solidarität

Menschliches Leid in all seinen Formen, vor allem Armut und Elend, sind nach christlichem Verständnis eine Einladung zu mitmenschlicher Solidarität. Diese Sichtweise gründet letztlich in der Solidarität Gottes mit uns Menschen in seiner Menschwerdung. Unmenschliche Not und vermeidbare Armut stehen darum im Widerspruch zur Botschaft des Evangeliums. Weltweite Solidarität mit den Armen ist folglich eine zutiefst im Glauben wurzelnde Zusage Gottes an uns, zugleich aber auch eine Aufforderung zum Handeln.

Sicher haben viele Christen diese Einladung im Geist des Gebots der Nächstenliebe angenommen, indem sie etwa kirchliche Hilfswerke wie Misereor unterstützen. Dieses Teilen ist eine immer notwendige, freilich nicht ausreichende Antwort auf die weltweite Armut. Hinzu kommen muss die Bereitschaft, die bestehenden Ungerechtigkeiten an ihren Wurzeln zu bekämpfen. Bischof Franz Kamphaus (lange Jahre Vorsitzender der Kommission der DBK für Misereor) hat dies einmal so ausgedrückt:

„Es ist nicht damit getan, die Wunden derer zu verbinden, die unter die Räuber gefallen sind, sondern man muss dafür sorgen, dass sie erst gar nicht unter die Räuber fallen.“

Das Gebot der Solidarität erfordert darum heute sowohl die Veränderung ungerechter nationaler wie internationaler Strukturen wie auch persönliche Umkehr, da das eine nicht ohne das andere zu haben ist. Weltweite Armut und Umwelterstörung lassen sich nur durch strukturelle Solidarität verringern, die aber in Demokratien solidarisches

Denken und Handeln vieler Menschen voraussetzen.

2. Sozialethische Leitlinien für Sozial- und Umweltverträglichkeit

- ⌘ Angesichts unübersehbarer Tendenzen, die drängenden Probleme im eigenen Land auf Kosten ferner Länder zu lösen, ist zu betonen, dass Solidarität auch *weltweite Solidarität*, also Nächsten- wie Fernstenliebe umfassen muss. Gegen den im Prinzip nicht falschen Verweis auf „wohlverstandene Eigeninteressen“ ist festzuhalten, dass dieses Argument allein zu kurz greift und zu einem Ausschluss gerade der Bedürftigsten führen würde
- ⌘ Weltweite Armut und ihre Folgen sind kein naturgegebenes Schicksal, das sich mit dem Hinweis auf Marktgesetze, Sachzwänge oder Globalisierung rechtfertigen ließe. Die Menschen könnten eine gerechtere Welt schaffen, wenn sie nur wirklich den Willen dazu hätten. Dies verlangt aber, dass der *Mensch im Mittelpunkt aller Wirtschaft* und Politik steht – im Gegensatz zu einem Ökonomismus, der wirtschaftliche Werte und Ziele und technologischen Fortschritt zum alleinigen Maßstab macht.
- ⌘ Die Vorteile möglichst *marktgerechter Reformen*, welche die Eigeninitiative fördern, sind unbestreitbar. Der Markt ist aber kein Selbstzweck, sondern nur ein Instrument – freilich ein sehr wirksames. Als solcher braucht er aber eine Ordnungspolitik, die national wie weltweit *Rahmenbedingungen* setzt, die zum Nutzen des Gemeinwohls wirken, indem sie sozial- und umweltverträgliches Verhalten belohnen.
- ⌘ Eine nachhaltige, d.h. umweltgerechte Entwicklung ist nicht nur ein Gebot vorausschauender ökonomischer Vernunft, sondern auch ein unverzichtbarer Aspekt der *Solidarität mit künftigen Generationen*. Kurt Koch, der Bischof von Basel, hat dies vor einigen Jahren einmal folgendermaßen ausgedrückt:
Die heutige Lage „..... ruft nach einer Ethik asketischer Verantwortung und nach einer politisch zu organisierenden kollektiven Askese, die zu begründen ist mit einer Ethik der Selbstbegrenzung, die ‚im Konfliktfall dem ökologischen Erhaltungsinteresse‘ den ‚Vorrang vor dem ökonomischen Steigerungsinteresse‘ zukommen lässt.“

Die sachgerechte Umsetzung der Anstöße des Evangeliums und sozialethischer Leitlinien ist allerdings ein schwieriger und selten eindeutiger politischer Vermittlungsprozess, denn das Evangelium enthält keine konkreten Handlungsanweisungen oder Patentrezepte. Darum kann es unter Christen legitimerweise unterschiedliche, nicht jedoch beliebige Optionen geben, was ein hartes politisches Ringen um den besten Weg einschließt.

Welchen Beitrag können nun die Weltkirche und besonders wir als Ortskirche in Deutschland auf dieser Grundlage und angesichts obiger Bestandsaufnahme zum erforderlichen Wandel leisten?

IV. Globale Solidarität als Sozialkapital der Weltkirche

1. Missionarische Kirche

Kirche versteht sich missionarisch, wie die Deutschen Bischöfe in ihrem Hirtenwort „Allen Völkern Sein Heil“ unlängst wieder betont haben. Darin kommt die universale Sendung der Kirche zum Ausdruck, die eben darum nicht auf bestimmte Völker, Kulturen oder Nationen beschränkt ist. Die gelebte Tradition im Dienst dieser Sendung ist so etwas wie globales Sozialkapital.

Allerdings muss diese Sendung heute im schwierigen Umfeld der Globalisierung erfolgen. Alle großen Religionen verstehen sich heute als universale Angebote. Sie erheben damit den Anspruch, Wahrheiten zu verkünden, die für alle Menschen gültig sind, zumindest aber nicht weniger gültig als die der Kirche. Dies schafft eine ganz neue Konkurrenzsituation, die aber unter keinen Umständen zu einem „Kampf der Religionen“ führen darf.

Was heißt dann aber missionarisch? P. Magnis-Suseno, seit Jahrzehnten in Indonesien tätig und ein geschätzter Dialogpartner der dortigen Muslime, hat diese Frage so beantwortet:

„Für mich heißt Mission *Zeugnis geben* (Lk 24, Apg 1)... Mission heißt nicht, andere zu überreden, Christen zu werden... Zeugnis gebe ich durch mein Leben, durch die Art, wie ich Menschen begegne, meine Arbeit leiste, meine Verantwortung erfülle, positiv zum Leben der Gemeinschaft beitrage...“.

Die Glaubwürdigkeit unseres gemeinsamen Zeugnisses muss sich nach innen wie nach außen erweisen. Zum einen muss sichtbar werden, dass Kirche keine Einbahnstraße ist, sondern ein Beschenktwerden und Schenken in einer weltweiten Weg- und Lerngemeinschaft. Die Partnerschaft mit anderen Ortskirchen, wie sie viele Pfarrgemeinden und Verbände praktizieren, kann ein Gegengewicht gegen einen Provinzialismus sein, der auch im kirchlichen Bereich zu beobachten ist. In einer Situation, in der die großen Kirchen einen hohen Mitgliederschwund und sinkende Finanzmittel zu bewältigen haben, kann der Blick über die eigenen Grenzen hinaus auch einer oft pessimistischen Stimmung entgegenwirken. Zum anderen muss unser Zeugnis ein Zeugnis der Tat sein, das über die Grenzen der Kirche hinausgeht. Dazu einige Überlegungen.

2. Religiöse Quellen in einer säkularen Kultur

Eine Weltordnungspolitik, die den Bedürfnissen und Sorgen der Armen einen Vorrang einräumt, ist nicht allein politisch bewältigbar. Es braucht vielmehr auch, wie heute selbst von den Vereinten Nationen betont, kulturell-religiöse Quellen und ein Mindestmaß an globalen ethischen Maßstäben. Das über Jahrhunderte gewachsene Sozialkapital der großen Religionen kann dazu viel beitragen. Dieses Kapital entsteht aber stets lokal und muss dort gepflegt und erhalten werden. Die Tätigkeit von MEF-Arbeitskreisen auf Pfarrebene oder von kirchlichen Dritte-Welt-Gruppen sind dafür ebenso Beispiele wie die Arbeit der großen Hilfswerke mit ihren Kampagnen.

Wenn dies richtig ist, dann ist die Zukunft der christlichen Tradition (und die „Weitergabe des Glaubens an die nächste Generation“) im säkularen Europa nicht nur ein religiöses, sondern ebenso ein politisches Problem. Wenn nämlich die Christen bei uns so stark an Bedeutung verlieren sollten, dass sie nicht mehr imstande wären, sich nachdrücklich für weltweite Gerechtigkeit und globale Solidarität einzusetzen und für die Armen einzutreten, wird man sich mit Recht Sorgen machen müssen, ob es in unseren Breitengraden noch genügend gesellschaftlich relevante Kräfte geben wird, die diese Aufgabe übernehmen können. Gerade was das globale Sozialkapital angeht, lebt unsere Gesellschaft von Voraussetzungen, die sie nicht selbst garantieren kann.

3. Leitbilder für einen solidarischen Lebensstil

Gegen einen Rückfall in Provinzialismus, gegen den auch unsere Kirchen nicht gefeit sind, kann vielleicht am besten helfen, wenn wir gemeinsam mit den jungen Kirchen eine „vorrangige Option für die Armen“ treffen. Eine solche Wahl, die immer auf erheblichen Widerspruch stoßen wird, würde zugleich beweisen, dass wir uns nicht kritiklos dem Zeitgeist anpassen.

Konkret verlangt dies, dass sich die Kirchen gegen den stillschweigenden Ausschluss einer wachsenden Zahl von Menschen wenden müssen. Sie müssen sich für die Verlierer der Globalisierung anwaltschaftlich einsetzen, indem sie deren Anliegen der Öffentlichkeit und Politik bewusst machen, verantwortliche Lösungen mit zu entwickeln versuchen und notwendige Reformen und persönliche Verhaltensänderungen in den Wohlstandsländern einfordern und vor allem selbst leben.

Wie viel Konfliktpotenzial ein solcher Einsatz enthält, hat die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ gezeigt, die 1996 von Misereor mit angestoßen wurde, heute aber fast vergessen scheint. Als Grundlage für jene Reformen, ohne die es keine globale und intergenerationelle Gerechtigkeit geben wird, nennt sie zwei Wege, nämlich Effizienz und Suffizienz, „technische Innovation auf der einen und rechtes Maß auf der anderen Seite“. Umstritten war und ist vor allem die Suffizienz, die nichts anderes meint als Genügsamkeit und eine gewisse Selbstbescheidung. Damit spricht die Studie eine genuin christliche Haltung an, die allerdings dem Trend zu immer mehr Wohlstand völlig widerspricht. Eine solche Umkehr zur „Tugend des rechten Maßes“ bedeutet keineswegs nur Verzicht, sondern bietet ebenso die Chance auf mehr Lebensqualität.

4. „Allianzen der Solidarität“

In einer zunehmend auch in Europa kulturell und religiös pluralen Welt wird es immer wichtiger, über weltanschauliche Grenzen hinweg mit anderen Menschen und Gruppen, welche die gleichen Anliegen haben, zusammenzuarbeiten. Ein Beispiel für solche „Allianzen der Solidarität“ ist die eben genannte Studie oder die Kampagne für ein „Erlassjahr 2000“ zur Entschuldung der ärmsten Länder. Ohne solche Bündnisse, so ungewohnt sie oft sein mögen, sind jedenfalls viele wichtige Reformen in unserer Gesellschaft nicht durchsetzbar.

Solch praktische Zusammenarbeit eröffnet zugleich Chancen für einen interreligiösen Dialog mit Menschen anderer Religionen, deren Zahl in den letzten Jahrzehnten durch Zuwanderung auch in Europa stark zugenommen hat. Die geteilte Erfahrung gemeinsamen Engagements für andere ist nämlich gerade in pluralen Gesellschaft meist ein besserer Ausgangspunkt für den Dialog als alle theoretischen Diskussionen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Im Kern bedeutet christliche Solidarität: Man kann nicht wirklich Christ sein, wenn man sich auf sich selbst und die eigenen Sorgen beschränkt, sondern nur, indem man sich den Sorgen und Nöten, aber auch Freuden und Hoffnungen anderer Menschen zuwendet. Und im Zeitalter der Globalisierung ist dies eben die ganze Welt. Misereor als Hilfswerk der Katholiken, auch hier in München, hat dazu viel beigetragen. Ich hoffe, dass dies mit unser aller Hilfe auch in Zukunft der Fall sein wird.